

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Erstausgabe Nummer 88 - 89 - 98

Der Abonnementspreis beträgt durch Voten oder durch die Post bezogen monatlich 150 Mark. Best- und Geschäftsangelegen jeder Art werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy, Bochum, Druck: D. Handmann & Co., Bochum. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. Westf., Bismarckstr. 23/24.

Telegrams-Adresse: Arbeiterband Bochum

# Finanz- und Preiselend.

Deutschlands Finanzen, die heute, nach dem Franzosenfall, als völlig hoffnungslos zerrütet anzusehen sind, waren schon das ganze Jahr 1922 hindurch in einer Entwicklung, die trotzlos wenn auch nicht so verzweifelt wie heute, Parvus stellt im „Wiederaufbau“ ein paar anschauliche Tabellen über die Entwicklung der deutschen Finanzen 1922 zusammen. Sie zeigen, wie groß die monatlichen Einnahmen des Reiches, wie groß die Zunahme der schwebenden Reichsschuld war und wie beide zueinander im Prozentverhältnis sich stellten. Wir sehen da das folgende Bild:

Jahr 1922	Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung in Milliarden M.	Monatlicher Zuwachs der schwebenden Schuld in Milliarden M.	Prozentverhältnis der monatlichen Zunahme d. schwebenden Schuld zu den Staatseinnahmen
Januar	14,6	6,0	41
Februar	15,3	7,0	46
März	23,4	3,8	16
April	23,5	8,8	37
Mai	30,0	9,4	31
Juni	32,1	12,2	38
Juli	39,4	18,6	47
August	52,3	26,6	51
September	60,6	17,3	29
Oktober	116,4	192,3	165
November	46,7	445,3	953
Dezember	67,9	926,8	1365

Man sieht: im Januar betrug der Zuwachs der schwebenden Schuld 41 Prozent der Einnahmen, ab September setzt eine katastrophale Entwicklung ein und im Dezember beträgt die Zunahme 1365 Prozent, fast 13 1/2 mal so viel als die gesamten Einnahmen. 100 Mark nahm das Reich an Steuern ein, 1365 M. blieb es auf je 100 M. Einnahme schuldig, bedie sie durch Ausgabe neuer Banknoten! Die gesamten Reichseinnahmen decken noch nicht einmal 7 Prozent des Bedarfs!

Eine andere Tabelle zeigt das folgende Bild:

Jahr 1922	Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung in Milliarden M.	Umgerechnet in Dollars	Durchschnittlicher Dollarkurs
Januar	14,6	76,2	191,81
Februar	15,3	73,9	207,22
März	23,4	82,3	234,19
April	23,5	80,8	291,00
Mai	30,0	103,5	290,11
Juni	32,1	101,4	317,44
Juli	39,4	79,9	493,22
August	52,3	45,1	1134,6
September	60,6	41,3	1465,9
Oktober	116,4	36,5	3181,0
November	46,7	6,5	7188,1
Dezember	67,9	8,9	7589,2

Man sieht hier ein Ansteigen der Steuereinzünge, auch in Dollars umgerechnet, in der ersten Jahreshälfte, trotzdem der Dollar von Januar bis Ende Juni von 191 auf 317 M. gestiegen war. Er stieg um fast 50 Prozent, die Steuereinzünge aber um 100 Prozent. Im Juni erschütterte der Notkredit auf neue das Vertrauen zu Deutschland, die Anstöße zu geheimer Entwicklung, die sich im ersten Halbjahr zeigten, wurden hierdurch und durch die Verzögerung einer vernünftigen Lösung der Reparationsfrage, durch Sanktionsdrohungen usw. verstärkt. Das letzte Halbjahr brachte eine rapide Entwicklung der Mark, 14,6 Milliarden Reichseinnahmen galten Januar 76,2 Millionen Dollar, im Dezember galten 67,9 Milliarden Papiermark nur 8,9 Mill. Dollar in Gold.

Das die Ursachen dieser Entwicklung nicht allein in den außenpolitischen Verhältnissen liegen, ist bekannt. Bekannt ist, daß die Steuer vom Lohn und vom Gehalt in 1922 = 84 Prozent der gesamten Steuereinnahmen gebracht hat, während nur 16 Prozent aus dem Einkommen der Bestehenden stammten. Diese Entwicklung ist ganz natürlich. Wenn es möglich ist, daß der Kaufmann, der Industrielle, der Agrarier, der Finanzmann seine Steuer Monate später zahlt, wird er natürlich in Zeiten rapider Geldentwertung, Sachwerte, Devisen, Immobilien und Wertpapiere kaufen und das Steuerzahlen verschieben, da die Prämie für diese Steuerdrückbergeret ja immer größer wird. Wenn es möglich gewesen wäre, die innere Finanzpolitik des Reiches zu ändern — die Arbeiterklasse hätte nicht die Kraft und das Murretum nicht den Willen dazu — so hätte sich die günstige Entwicklung des ersten Halbjahres im letzten Halbjahre fortsetzen können. Das ist nicht geschehen und die französische Gewaltpolitik hat nun die Katastrophe derart vergrößert, daß kein Mensch weiß, wie wir innen- und außenpolitisch aus dieser Katastrophe herauskommen sollen.

Wir haben selber an dieser Stelle schon auf die Eingabungen zur Abgangsanleihe hingewiesen. Von den hier vorgesehene 70 Milliarden Papiermark gingen bis zum 10. Januar glücklich etwas über 4 Milliarden ein; sie verteilen sich wie folgt:

	in Mill. Papiermark	in Mill. Goldmark nach dem Dollarkurs (d. h. Monats)
Juli-August	1887,9	9,73
September	584,9	1,67
Oktober	266,4	0,89
November	108,5	0,66
Dezember	910,6	0,59
1. bis 10. Januar	479,3	0,92
<b>Gesamt</b>	<b>4227,6</b>	<b>12,31</b>

Die Notenzentrale arbeitet jetzt in einem geradezu unheimlichen Tempo, um den wachsenden Bedarf an Zahlungsmitteln zu befriedigen. Die Gefahr, daß der vermehrte Notendruck auch die Entwicklung der Wertaue nachteilig beeinflussen muß, scheint man vollkommen zu übersehen. Die Tagesproduktion an Banknoten, die Anfang Februar 35 Milliarden Papiermark betrug, ist dann auf 45 Milliarden gesteigert. Die Einführung der 50 000-Mark-Note gestattet eine weitere Steigerung um 15 Milliarden pro Tag, die Mitte Februar bereits bis auf 75 Milliarden Gesamttagproduktion herangeführt werden soll. Es werden für die Herstellung von Zahlungsmitteln von der Reichsbank 33 Druckereien und 12 Papierfabriken in Anspruch genommen. Durch die demnächst erfolgende Herstellung von 20 000 Mark- und 100 000 Mark-Scheinen und vermehrte Herausgabe von 10 000 Mark-Noten kleineren Umfangs, die besonders für Abrechnungszwecke sehr begehrt sind, wird die Leistungsfähigkeit vom Ende des Monats ab auf mindestens 125 Milliarden Mark Tagesproduktion gebracht werden können. Der Monat März dürfte also mehr als 3 Billionen Mark neuer Zahlungsmittel in den Verkehr bringen.

Heute, nach der Katastrophe im Ruhrgebiet, kann man sich kaum noch eine Vorstellung von einer wirksamen Finanzreform machen, man wäre schon froh, wenn die maßgebenden Kreise den Willen und die Entschlossenheit aufwänden, durch Unterbindung der Devisenspekulation und Markstabilisierung, einerlei zu welchem Kurs, eine noch mögliche Steigerung zu schaffen.

Mit einem Dollarkurs von etwas über 7000 begann der Januar, bis zum Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet stieg er auf 10 000, dann

bis auf 52 000, um Anfang Februar infolge verschiedenartiger Erhöhungen der Mark wieder unter 40 000 zu sinken. Dies Sinken der Mark auf weit unter ein Zehntausendstel ihres Friedenswertes hat auf die Lebenslage der Bevölkerung einen katastrophalen Einfluß gehabt. Saen im ganzen Jahr 1922 war diese Entwicklung trotzlos. Die amtlichen Reichsstatistiken zeigten für 1922 folgende Entwicklung:

Monat	Reichsindex (Lebenshaltung)	Steigerung Prozent	Reichsindex (Erwerbslos.)	Steigerung Prozent
Januar	1 223	—	2 463	—
Februar	2 250	21	3 020	22,4
März	2 659	44,6	3 602	46,3
April	3 175	74	4 356	77
Mai	3 452	89,7	4 670	90
Juni	3 779	107	5 119	107,8
Juli	4 270	173	6 226	177,5
August	7 029	285	9 716	295,8
September	11 376	523,3	15 417	525,9
Oktober	10 504	967,6	26 623	970,9
November	40 047	2074,3	54 762	2172,3
Dezember	61 155	3251	80 702	3176,5

Die Berechnungen von Dr. A. u. C. h. n. s. k. i. zeigen das folgende Bild:

1922	ab 1. Jan. 1922	Steigerung ab 1.1.1922	1922	ab 1. Jan. 1922	Steigerung ab 1.1.1922
Januar	2 223	—	1 000	—	—
Februar	2 225	14,3	2 180	14,7	—
März	3 433	41	2 750	44,7	—
April	3 975	66,8	3 180	61,3	—
Mai	4 325	81,5	3 460	82	—
Juni	5 196	116	4 157	118,6	—
Juli	7 672	221,5	6 120	222,5	—
August	12 962	439,7	10 200	441,5	—
September	20 437	759,7	16 370	762,5	—
Oktober	32 637	1269,5	26 100	1242,2	—
November	70 733	2901,8	56 576,4	2878,2	—
Dezember, 1. Hälfte	106 070	4320,3	84 840	4265,3	—
Dezember, 2. Hälfte	111 196	4566,2	88 926,8	4382	—
Durchschnitt Dezember	103 638	4439,7	86 926,4	4475	—

Absolut braucht also eine Familie für ihre Lebenshaltung im Frieden 125 M., im Dezember 108 638 M. oder 869 mal so viel, seit dem 1. Januar 1922 hat sich diese Ausgaben um das 44-75fache. Wie sich dazu die Löhne verhalten ist bekannt. Von den Arbeitelöhnen der Reichsbetriebe wird mitgeteilt, daß sie im Dezember 552 mal so hoch waren wie im Frieden für ungelernete Arbeiter, 399 mal so hoch für gelernte Arbeiter. Wie es im Bergbau stand, ist unseren Kameraden bekannt. Der Durchschnittslohn stand im Ruhrgebiet Ende 1921 auf 106,88 M., ab 1. Dezember 1922 auf 2753,10 M., also noch nicht 26 mal so hoch als im Jahresanfang.

Über all das hält gar keinen Vergleich aus mit der Entwicklung im Januar als Folge der Ruhrgebietsbesetzung. Das „Berliner Tageblatt“ berednet für die von ihm erfassten Waren eine Verteuerung gegenüber dem Friedenspreis um das 2087fache am 6. Januar, das 2899fache am 13. Januar, das 3427fache am 20. Januar und das 4184fache am 27. Januar. Die „Industrie- und Handelszeitung“ berednet für die Woche, endend mit dem 2. Februar, für die untersuchten 44 Waren eine 6877fache Verteuerung gegenüber dem Frieden. 6875 mal so viel wie im Frieden, während es wohl kaum einen Arbeiterlohn gibt, der mehr als 250 mal so hoch ist wie im Frieden.

Der Großhandelsindex der „Frankfurter Zeitung“ zeigte am Sonntag, am 2. Februar, durchschnittlich 7160fache Großhandelspreise, was einer Steigerung um 348 Prozent gegen Anfang Januar entspricht. Der Dollarkurs war am gleichen Sonntag gegenüber dem Sonntag vom Januar um 458 Prozent gestiegen. Die Gruppe Lebensmittel und Genussmittel hat eine durchschnittliche Steigerung von 316 Prozent, die Gruppe Textilien und Leder von 441 Prozent, die Gruppe Mineralien von 365 Prozent, die Gruppe industrielle Endprodukte um 314 Prozent aufzuweisen. Lebensmittel und Genussmittel sind durchschnittlich auf das 5570fache, Textilien und Leder auf das 1419fache, Mineralien auf das 931fache, industrielle Endprodukte auf das 4765fache und dem Reichsindex gestiegen.

Am 5. Februar haben sich die Großhandelspreise weiter auf das durchschnittlich 5987fache des Friedensstandes gehoben. Am gleichen Tage haben von den Hauptgruppen die Lebensmittel auf dem 4902fachen, die Industriestoffe auf dem 705fachen ferner die Anlandwaren auf dem 4923fachen und die Einfuhrwaren auf dem 1177fachen der Vorkriegshöhe. Am neubefetzten Gebiet waren die Preissteigerungen so wahnsinnig, daß auch die Inhaber noch weit davon zurückblieben.

Vorläufige auf rasche Befreiung von bisherigen Lebensmitteln für das Ruhrgebiet sind gemacht, hoffentlich hindert St. Bureaokratismus nicht ihre schnelle Durchführung!

## Was Hufemann sagte.

Unser Vorsitzender, Kamerad Hufemann, hatte kürzlich eine Unterredung mit einem französischen Journalisten Goschiller, der sich auf einen Empfehlungsbrief unseres französischen Metallarbeiterkameraden M. R. e. r. h. e. i. e. berief. Es ist kein Zweifel daran, daß Goschiller nicht im Auftrag und im Sinn unseres französischen Gewerkschaftskameraden, sondern im Einverständnis mit den Franzosen sprach, die im Ruhrgebiet Werkzeuge der Gewaltpolitik Frankreichs sind.

Kamerad Hufemann hatte nicht die Absicht, seine über die Zusammenkunft mit Goschiller und dann mit Daums angefertigte Niederschrift zu veröffentlichen. Er leitete sie aber verschiedenen Stellen zur Information zu. Leider wurde die selbstverständlich vorausgesetzte Vertraulichkeit nicht gewahrt. Die bürgerliche Presse, allen voran die „Rhein-Westf. Ztg.“, veröffentlichte „Enthüllungen Hufemanns“. Nachdem so die Niederschrift bekannt wurde, besteht für uns kein Anlaß sie nicht abzufragen. Unsere Kameraden werden aus der Niederschrift ersehen, daß Kamerad Hufemann den Standpunkt unseres Verbandes korrekt zum Ausdruck brachte. Auf die Vorbeeren, die ihm eine gewisse Presse dafür spendet, verzichtet er gern in dem Bewußtsein, nichts als eine selbstverständliche Pflicht erfüllt zu haben. Das Dokument lautet:

Am Montag, den 29. Januar, erschien bei mir, durch einen Brief des Vorsitzenden des französischen Metallarbeiterverbandes, Herrn M. e. r. h. e. i. e., eingeführt, Herr Goschiller, der sich als Journalist zu erkennen gab. Herr Goschiller wünschte mit mir eine Unterredung über die gegenwärtige Lage und erludete mich um eine Äußerung, wie ich die Lage auffasse und wie ich nach meiner Ansicht die weitere Entwicklung gestalten werde. Ich habe darauf erklärt, daß die gegenwärtige Lage im Ruhrgebiet durch das gewalttätige Eindringen der Franzosen und Belgier in unsere friedlichen Arbeitsstätten entstanden sei und daß speziell wir Bergarbeiter am meisten über diesen Gewaltakt empört wären, weil wir bisher alles getan hätten, um eine vernünftige Reparation zu ermöglichen und vor allen Dingen die Kohlenlieferung so hoch wie nur möglich zu gestalten. Ferner verwies ich auf die Tatsache, daß uns bei

## Ein Aufruf der Bergarbeiterverbände.

Die Bergarbeiterverbände haben am 7. Februar folgenden Aufruf erlassen:

Kameraden! Der Abwehrkampf im Ruhrgebiet ist in ein neues Stadium getreten. Die französischen Imperialisten wollen mit brutaler Gewalt der Ruhrbevölkerung ihre Herrschaft aufzwingen. Die Behauptung und Wahrung ihrer friedlichen, bewohnten Heimat nimmt in erschreckendem Umfang zu. Rücksichtslos sind unsere Volksgenossen und unsere eigenen Arbeitshilfen vom französischen Militarismus erschossen worden.

Doch damit ist das Maß der brutalen Gewalttaten noch nicht voll. Gewalttätig ist das Ruhrgebiet vom übrigen Deutschland abgeschnitten. Als neue Gewaltmaßnahme wurde die Kohlenpersse über das unbefestete Deutschland verhängt. Das ist ein neuer brutaler Gewaltakt gegen das wehrlose deutsche Volk. Durch die Kohlenpersse wird der Abtransport der Produktion gehemmt, der Eisenbahnverkehr gestört und das Wirtschaftsleben des Ruhrgebiets unterbunden.

Der Anschlag des französischen Imperialismus auf das Leben der Ruhrbevölkerung genügt ihnen nicht. Jetzt greifen sie sogar die ureigenen Rechte der Deutsche an. Die Deputierten für die Bergarbeiterfamilien werden auf offener Straße oder in den Gefängnissen mißhandelt und beschlagnahmt. Es ist eine unerhörte Brutalität des Militarismus gegen unsere Familien. Unsere Frauen und Kinder sollen auf diese Weise vom französischen Militarismus getroffen werden. Der Angriff gegen unsere überlieferten Bergarbeiterrechte ist der stricke Beweis, wie arbeiterfeindlich der französische Imperialismus ist.

Die militärischen Gewalttäter würden es gern sehen, wenn das Ruhrgebiet der Schaulach blutiger Kämpfe würde. Deshalb werden durch Spindel und ihre Helfershelfer auf den verschiedensten Schattentagen Unruhen provoziert. Bei den Vorgängen auf der Zeche Dorstfeld am Samstag, den 3. Februar, ist festgestellt, daß der Anführer des Aufstandes, einer namens Klammeß, seit längerer Zeit mit den Franzosen im Schriftwechsel gehalten hat. Klammeß ist im August vorigen Jahres von Frankreich nach Dorstfeld gekommen. Er gab an, er sei Flüchtling. Offenbar handelt es sich um einen französischen Spion.

Es sind auch bereits Fälle vorgekommen, wo Franzosen versuchen, an Betriebsratsmitglieder heranzukommen. So wurden einem Betriebsratsmitglied der Zeche Prinz Regent täglich 20 000 M. geboten, wenn er sich bereit erkläre, die ihm gestellten Fragen täglich zu beantworten. Das betreffende Betriebsratsmitglied hat dieses Ansuchen mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Wir fordern unsere Mitglieder, insbesondere unsere Betriebsräte und Vertrauensleute der Organisationen auf, gegenüber Spioneln, die sich an sie herandrängen, die gebotene Vorsicht walten zu lassen. Spindel, die sich innerhalb der Belegschaft befinden, wie im Falle Dorstfeld, müssen kastig gestellt werden.

Es liegen Anzeichen vor, wonach Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten versuchen, die Bergarbeiter aufzuspielen. Von dieser Seite werden allerlei Forderungen aufgestellt, die nur dem Agitationsbedürfnis dieser Leute entsprechen. Die Bergarbeiterverbände werden vor wie nach die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Der Kampf richtet sich jetzt in erster Linie gegen den französischen Militarismus und Imperialismus. Das Verhalten der Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten unterstützt nur die Pläne der Franzosen. Wir fordern deshalb die Bergarbeiter auf, nur den Beschlüssen und Vereinbarungen der gewerkschaftlichen Organisationen zu folgen. Nur dadurch ist der Erfolg des Kampfes gesichert.

Erneut protestieren wir gegen den gewalttätigen Einbruch in unsere friedliche Heimat und fordern den Rückzug der Truppen aus dem Ruhrgebiet. Nochmals appellieren wir an das Menschlichkeitsgefühl aller Völker der Welt und erheben eine laute Anklage gegenüber allen Benennigen, die solche Unmenschlichkeiten nicht verhindern. Der Friede Europas und der Welt wird hier im Ruhrgebiet auf das schändlichste gestört. Diesem grausamen Unrecht an einer wehrlosen Bevölkerung muß von allen gerecht denken Menschen Einhalt getan werden.

der Verhandlung vor der Reparationskommission am 20. November 1922 in Aussicht gestellt wurde, daß der neuen Entscheidungen in der Kohlenfrage Sachverständige aus Unternehmer- und Arbeiterkreisen gehört würden. Ohne daß davon überhaupt geredet worden wäre, habe man jetzt das Ruhrgebiet besetzt. Die Arbeiterbevölkerung sei friedliebend und könne es nicht verstehen, daß man bis an die Zähne bewaffnete Soldaten in solch großer Anzahl ins Revier schicke. Auf keinen Fall würden die Ruhrbergleute unter dem Schutz französischer Fejenette arbeiten. Es würde auch kein Gramm Kohle für die Reparation geliefert. In freiwilliger Arbeit wäre bisher für die Reparation das Mögliche geleistet worden, unter Zwangsmaßnahmen würde das nicht geschehen.

Herr Goschiller war der Meinung, daß von Deutschland nicht alles getan sei, um die Verpflichtungen Deutschlands zu erfüllen. Die Kapitalisten hätten sich vor Steuerhinterzählungen gedrückt. Frankreich habe die Milion unternehmen, um die deutschen Kapitalisten: Thyssen, Stinnes und Gen., zu lassen. Notwendig sei i. E. das Anstreben von Verhandlungen, denn es müsse doch eine Katastrophe verhindert werden. Er fragte, ob es nicht möglich sei, daß ich nach Essen zum Kohlenhandlars komme, um mal mit Herrn C. o. s. t. e. oder Daum zu sprechen. Vielleicht würde ich dann die Möglichkeit ergeben, zu einem Ausgleich zu kommen. Er bezeichnete es auch als Wahnsinn, Herrn Thyssen zu verhaften, vor Gericht zu stellen und ihn dadurch zu einem Märtyrer zu stempeln.

Darauf erwiderte ich, daß ich wieder mit Herrn C. o. s. t. e. nach mit Herrn Daum irgend etwas zu verhandeln hätte. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln wir durch Vereinbarungen mit den Unternehmern, und wenn wir nicht zu Rande kämen, könnten wir die vorgegebenen Schlichtungsstellen in Deutschland anrufen. Ich müsse es ablehnen, deshalb zu den Herren nach Essen zu fahren. Wenn die Herren natürlich zu mir in mein Bureau kämen, dann stände ich ihnen zu einer Besprechung zur Verfügung. Unter keinen Umständen würde ich aber an einer Besprechung teilnehmen, durch die der Verlust unternehmen würde, mich oder die Funktionäre unseres Verbandes zu veranlassen der Internationalen Ruhrkontrollkommission irgendwelches Material zu geben. Unter keinen Umständen würden die deutschen Gewerkschaftsführer und die Funktionäre unseres Verbandes sich dazu hergeben, den Abwehrkampf abzuschwächen. Die Stellungnahme unseres Verbandes sei auch in Klipp und klarer Weise in einer Reklamationskonferenz, die am Sonntag stattgefunden habe, zum Ausdruck gekommen und ich überreichte Herrn Goschiller einen Pressebericht über die Konferenz.

Herr Goschiller versicherte noch einmal, daß die Ruhrbesetzung sich nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen die Kapitalisten und die reparationsunwillige deutsche Regierung richte. Es sei auch ein Fehler, daß



Die Regierung kann nur auf eine Verständigung mit England und Amerika eingehen, wenn es möglich ist, die Verhandlung mit Frankreich eine Verständigung gesucht werden. Bisher ist es möglich, durch eine Verständigung mit Herrn Damm die Unterlagen dafür zu finden. Mit Bestimmtheit kann es das nicht sagen, wie er überhaupt nur als Privatperson zu mir gekommen und bereit sei, die Vermittlung mit Herrn Damm oder Eise zu einer Verständigung zu übernehmen. Ich habe Herrn Damm zum Schluss nicht im Unklaren darüber gelassen, daß die deutschen Bergarbeiter und speziell die Ruhrbergarbeiter sich entschlossen sei, der Gewaltspolitik von Poinecaré und Genossen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, denn militärischen Gewaltmaßnahmen und Waffen würden die Ruhrbergarbeiter nach wie vor passiven Widerstand entgegenzusetzen ohne daß es dabei zu Zusammenstößen mit dem Militär zu kommen brauche. Das Beste wäre, wenn die Militärs und Zivilbehörden Frankreichs und Belgens das Ruhrgebiet so schnell wie möglich verlassen würden, denn dann könne nach kurzer Zeit die Lieferung von Reparationsgütern wieder beginnen. So wie jetzt der Zustand sei und unter militärischer Besatzung sei es kein Hindernis mehr erhalten, denn die Ruhrbergarbeiter würden das zu verhindern wissen.

Am heutigen Vormittag gegen 10 Uhr erschien Herr Damm in meinem Bureau und wußte mit mir zu sprechen. Auf meine Frage, ob es geklärt sei, zwei Verhandlungsmöglichkeiten unseres Verbandes, die an den bisherigen Verhandlungen mit der Internationalen Ruhrkontrollkommission teilgenommen hätten, zu der Verhandlung hinzuweisen, meinte Herr Damm, daß es sich um keine Verhandlung, sondern nur um eine private Aussprache handele. Er wünschte, diese mit mir allein zu führen und konnte ich dann über das Ergebnis sowohl meinen Vorstandskollegen, als auch den anderen Bergarbeiterverbänden Bericht erstatten. Er wußte aber nicht, daß über diese Aussprache ein Bericht in der Zeitung veröffentlicht werde. Sein Wunsch ginge dahin, daß die Lage soweit wie möglich gemildert werde und daß vor allem Mißverständnisse, die nur zu leicht zu weiteren Konflikten führen könnten, schnell aus dem Wege geräumt würden. So sei z. B. im Bezirk Oberhausen Ende voriger Woche eine Besetzung bereit gewesen, in den Streit zu treten, weil angeblich Lebensmittel, die für den Konsum der Bevölkerung bestimmt waren, beschlagnahmt worden seien. Die Erregung der Bergarbeiter ist schon sehr groß gewesen. Die Internationalen Ruhrkontrollkommission habe aber festgestellt, daß die Lebensmittel nicht von der französischen Besatzungsbehörde beschlagnahmt worden wären, sondern daß die Störung durch den Eisenbahnverkehr entstanden sei. Ähnliche Fälle hätten sich noch an anderen Stellen abgepielt und erklärte er seine Bereitwilligkeit bei der Aufklärung und Sichtung solcher Vorfälle behilflich zu sein. Er träte auch nicht zu, daß sie durch Redungen oder Drohungen die Bergarbeiter geistig machen wollten. Es sei nicht Aufgabe der Internationalen Ruhrkontrollkommission, politische Aussprachen zu führen, sondern es komme ihnen auf die technischen Fragen an, damit sie einen Einblick in die deutsche Kohlenförderung und -verteilung bekommen. In Frankreich habe man den Eindruck, daß es Deutschland möglich sei, soviel mehr Kohlen zu liefern, als es geschieht. Es könnten größere Mengen Kohle usw. nicht an die richtigen Stellen geleitet worden sein. Die Großindustrie Deutschlands fabrikiere jede Steuerpflanze, die Steuer, die Anfang des Jahres geschätzt worden müßte, werde erst am Ende bezahlt, wenn das Geld bedeutend weniger wert sei. Sie verjagten nicht durch Redungen die Bergarbeiter und die Bevölkerung für sich einzufangen, sondern ließen nur die Zirkulation stehen. Einiges Geld müßte doch eine Verständigung zwischen den Bergarbeitern und der Internationalen Ruhrkontrollkommission erfolgen. Durch die Verlegung des Kohlenhandels sei die Lage sehr kompliziert und schwierig geworden. Meine Versuche mit den Bergarbeitern zu einer Verständigung zu kommen, seien gescheitert, weil die deutsche Regierung durch Verbordnungen eingegriffen habe. Sie wußten ganz genau, daß mit Gewalt keine Kohlen zu fördern waren und hätten, daß die Bergarbeiter bemüht genug seien, schließlich doch Kohlen zu fördern. Wenn durch Verbordnungen des Reichsbergamtsverwalters verhindert werde, solle den Bergarbeitern Kohlen zu liefern, dann würden sie zur Beschaffung von Kohlen übergehen. Ihr ganzes Bestreben sei es, sich mit uns zu verständigen. Sie legten natürlich Wert darauf, daß auch ein positives Ergebnis erzielt werde.

In meiner Erwiderung habe ich darauf hingewiesen, daß m. E. durch ein solches Vorgehen die Reparation nicht gefördert werde. Das wären unangenehme Mittel, die man meistens Frankreichs anwende. Die deutsche Arbeiter und speziell die Bergarbeiter hätten bewiesen, daß sie einmal eine vernünftige Reparation und Erfüllungspolitik wünschen und daß zweitens eine friedliche Verständigung erfolgen solle. Das, was jetzt geschieht, sei kein Friede, sondern Krieg. Ein friedlich arbeitendes, unbesetztes Volk würde von hunderttausenden von Soldaten bei der Arbeit gehindert werden. Die Produktion sei gestoppt und die finanzielle Lage Deutschlands durch den Einmarsch schwer geschädigt. Es liegt nicht im Interesse der deutschen Bergarbeiter, daß die Kohlenverteilung durch Frankreich vorgenommen würde, denn das Ruhrgebiet gehöre zu Deutschland und die Bergarbeiter würden sich gegen eine Abtrennung mit allen Kräfte zur Wehr setzen. Daran würden auch Redungen durch Frankreich usw. nichts ändern. Die Bergarbeiter hätten unter dem früheren militärischen Regiment viel gelitten und wollten weder unter deutschen, noch unter französischen Diktatoren arbeiten. In der Kohlenwirtschaft wären wir bestrebt und hätten uns dabei kein Interesse, den französischen Besatzern irgendwie in die Hände zu arbeiten. Ich betonte noch einmal, daß mir unter Hilfe Frankreich auf diesem Wege keine Kohlen bekommen werde, daß wir uns nach wie vor gegen die Gewaltspolitik zur Wehr setzen, daß wir uns in der Hoffnung des Reichs kämpfen, während hinter Herrn Damm und der Ruhrkontrollkommission die brutale Macht der militärischen Waffen stand. Wir sei noch bemüht, durch die Besatzungsbehörde möglichst frei gegen uns vorzugehen. Trotzdem müsse es bei unserer Stellungnahme, wie wir sie wiederholt zum Ausdruck gebracht hätten. Die Differenzen, die auftraten, würden wir ohne Hilfe der Ruhrkontrollkommission zu klären versuchen.

Herr Damm erwiderte darauf, daß Frankreich gar nicht die Absicht habe, das Ruhrgebiet oder das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen. Wenigstens ist das nicht die Absicht der vernünftigen französischen Politik. Selbstverständlich gebe es bei beiden Seiten. Er wüßte nur, daß über solche Differenzen wie er sie eingangs geschildert, ihm berichtet werde, damit nicht nutzlose Streitigkeiten entstehen. Wenn es möglich sei, doch entgegenzutreten, wenn wir uns unter politischen Streit machen wollten, die Arbeit der Arbeiter noch unterbrochen wären. An unserer Seite sei es nicht möglich, in Zukunft zu helfen, wenn sie uns nicht hindern. Der Zweck der Welt sei auch nicht durch den Einmarsch hervorgerufen, sondern im November und Dezember, als Deutschland Beschuldigungen gegen uns nicht geklärt habe. Seine Zeit sei übrigens beschränkt. Er spreche noch einmal die Bitte aus, ihn über etwaige Differenzen zu informieren.

Als ich darauf erneut sagte, daß wir ihn sehr herzlichlich nicht im Hinblick nehmen würden, daß wir uns gegen jeden Eingriff in unsere Kohlenverteilung wehren müßten, so fragte er, ob wir denn auf die Anordnungen des Reichsbergamtsverwalters mitverantwortlich wären. Darauf habe ich erklärt, daß die Verantwortlichkeit dafür nur bei Reichsbergamtsverwalter und die Regierung übernehme könnten, denn wir wären eine freie Organisation, die sich der Abfassung und Veröffentlichung solcher Verbordnungen nicht zu tun habe. Herr Damm betonte noch, daß m. E. schon längst eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich habe erzielt werden können, wenn man zu wirklichen Verhandlungen gekommen und die Atmosphäre der Unmut und Diktate beseitigt hätte. Nur wenn zwei Parteien sich als gleichberechtigte Kontrahenten an einen Tisch setzen und ohne Nebengedanken offen und ehrlich verhandeln, wäre eine Verständigung möglich. Zu einer solchen offenen und ehrlichen Verständigung sei die deutsche Regierung meines Wissens auch jetzt bereit. (Bei diesen Worten wurde Herr Damm mit den Schultern) Ich betonte noch einmal, daß wir nicht mitgehen würden, die Arbeiterwirtschaft des Ruhrgebietes in französische Hände zu spielen und daß mit Gewaltmaßnahmen und Besatzungen kein Gramm Kohle herauskommen und fragte Herrn D., was sie zu tun gedächte, wenn die Bergleute keine Kohlen fördern würden. Darauf meinte Herr D.: „Ich glaube doch, daß die Bergleute schließlich Kohlen fördern werden und einverstanden sind, daß sie zu unserer Verfügung stehen.“ Noch einmal habe ich betont, daß kein Weg da sei, zu helfen, wenn die Mittel, die man anwendet, seien nicht geeignet, eine geordnete Reparation zu ermöglichen.

Am Laufe der heutigen Besprechung erklärte Herr Damm, daß keiner an die Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland denke. Auf meine Einwendung, daß man sich doch mit einer Ruhr oder Rheinabgrenzung beschäftigen sollte, sagte er, daß auch daran noch nicht angedacht werde. Es sei aber möglich, daß eine stabilisierte Welt, Italien oder andere Maßnahmen angeordnet werden müßten, um endlich zu geordneten finanziellen Verhältnissen zu kommen.

### In die Gewerkschaftsmitglieder.

Der Einmarsch der französisch belgischen Truppen in das Ruhrgebiet wurde von der ganzen deutschen Bevölkerung mit Entzückung aufgenommen. Keinerlei Meinungsstreit besteht, daß dieser ungeheuerliche Angriff auf die Ehre der deutschen Arbeiterschaft mit dem Wohl und Wehe der Arbeiterschaft untrennbar verbunden ist, nicht unberücksichtigt hingelassen werden kann. In heroischer Weise kämpft die ganze Bevölkerung des besetzten Gebietes mit der einzig möglichen Waffe des passiven Widerstandes und der Arbeitsverweigerung gegen die brutale Gewalt des bis an die Zähne bewaffneten Militärs an. Dieser Kampf hat bereits erhebliche Opfer gefordert und wird in den nächsten Wochen und Monaten in seiner Auswirkung auf das ganze deutsche Reichsgebiet Anforderungen in ungeheurer Ausdehnung stellen.

Als Aufgabe der Volksgemeinschaft ist es, die Durchführung dieses Widerkampfes zu ermöglichen, den Opfern hilfreich beizustehen und dafür zu sorgen, daß die erwachsende Notlage mit allen Kräften eingedämmt wird.

Die Arbeiterschaft darf und wird nicht abseits stehen. In dieser Voraussetzung hat der Bundesausschuss am 24. Jan. den Beschluß gefaßt, alle vollbeschäftigten Arbeiter zur Vergabe eines Stundenverdienstes aufzurufen und — nachdem festgestellt, daß die gesamten Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft den vierfachen Betrag der von der Arbeiterschaft ausgebrachten Summe leisten wollen — auch der Bildung eines gemeinsamen Unterhaltungsfonds zuzustimmen.

Dieser Beschluß ist erst und nicht nur die Kontrolle über die gesamten eingehenden Gelder, sondern auch die volle Mitwirkung bei der Verwendung des Fonds. Er entbehrt uns auch der Mühe, einen besonderen Apparat zur Einhebung und Verwaltung der Beiträge anzulegen. Für die Hilfeleistung selbst ist, muß folgerichtig auch für ihre weitere Ausdehnung und Befestigung sein. Wir eruchten die Gewerkschaftsmitglieder deshalb, alle Kräfte anzuspannen, im Sinne des heroischen öffentlichen Aufrufs für die Durchführung des Hilfswerks in allen Vertriebs zu sorgen.

Berlin, den 8. Februar 1923.

Der Vorstand des ADGB, Th. Leipart.

### Protestbewegung gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

Der Pressebericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die folgende Protestkundgebung gegen die französische Militäraktion im Ruhrgebiet:

#### Die britische Arbeiterbewegung und die Besetzung des Ruhrgebietes.

Der Generalkonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterpartei nahmen am 24. Januar folgende Entschließung an, in der die Politik der britischen Arbeiterschaft gegenüber der Besetzung des Ruhrgebietes festgelegt ist:

„Der Generalkonferenz des britischen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterpartei gehen der Solidarität der britischen Arbeiterbewegung mit der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes Ausdruck und teilen ihren Unwillen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, die darauf berechnet ist, die wirtschaftliche Verfallung des deutschen Volkes und die politische Zerstörung Deutschlands vollzogen zu bringen.“

Wir erinnern das britische Volk an das warnende Wort des ersten Ministers, daß die Besetzung des Ruhrgebietes eine schwere und geradezu verhängnisvolle Wirkung auf die wirtschaftliche Lage in Europa haben würde, und doch steht in der Stunde, wo der Militarismus wieder an die Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens Europas zu untergraben und die britische Besatzungsarmee in Gefahr ist, in den Konflikt hinein verwickelt zu werden, die britische Regierung als Aufsteher den Franzosen gegenüber, die unweidlich zu vermehrtem Gend und zu wirtschaftlichem Ruin Europas hinhelfen. Der Gewerkschaftsbund und die Arbeiterpartei verdammen diese Politik der Untätigkeit, weil sie tatsächlich eine Mithilfe darstellt. Es genügt nicht, sich vorüber zu sagen, daß das jetzt von der französischen und belgischen Regierung eingeschlagene Verfahren finanziell ergebnislos sein wird. Das politische Verbrechen, das sich aus ihrem Vorgehen ergibt ist in seiner Wirkung auf die allgemeine Lage Europas schwerer als irgend eine finanzielle Seite.

Rechnen wir uns auf die große Gefahr einer Ausdehnung der militärischen Operationen auf andere Teile Europas hin, denen Widerstand zu leisten wir die Arbeiterorganisationen der betreffenden Länder nachdrücklich bitten.

Wir sind aus vollem Bewußtsein der Gefahren dieser Politik, als wir sie ungenügend ist. Der Generalkonferenz anzuweisen. Was jetzt geschieht, ist ein mit militärischen Mitteln unternommener Versuch, eine Neuentwertung Europas zu erzwängen. Die anwesenden Gewerkschaften und die Vereinten Staaten sind in Verfallung eingetreten. Eine Neuordnung Europas, die sich gründet auf eine Ruhezeitigung für Frankreich, die der Besetzung Deutschlands, auf die vollständige Kontrolle der deutschen Wirtschaft und der Schließung der Handelsbeziehungen, die von Frankreich nach ihrem eigenen Willen und ihren eigenen Interessen handeln, und die militärische Vorherrschaft auf dem Kontinent.

Der Generalkonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterpartei des britischen Arbeiterpartei rufen daher an die britische Regierung folgenden Entwurf:

1. In einer Politik entschiedener diplomatischer Interventionen überzugehen, wenn möglich unter Mitwirkung der Regierung der Vereinten Staaten, zu dem Zweck, sobald wie möglich die Räumung des Ruhrgebietes von den fremden Truppen durchzuführen.
2. Nebenher Bestrebungen zu unterstützen, die auf der nächsten Versammlung des Völkerbundes am 29. Januar, etwa einhunderttausend und dahin geht, daß die berechtigten Ansprüche Frankreichs und Belgiens auf Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und die Frage im Ruhrgebiet unter Bezugnahme auf Artikel 11 der Völkerbundescharta vom Völkerbund behandelt werden sollte.
3. Darauf zu dringen, daß die französischen und belgischen Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen werden, während der Völkerbund die gesamte Lage untersucht.
4. In die Weigerung der Vereinigten Staaten und insbesondere an Polen und die Tschechoslowakei einen Anstoß zu richten, sich nicht irgend einem Trend zu fügen und deutsches Gebiet zu besetzen und durch eine beratende Handlungsweise Europa in einen neuen Krieg zu führen.“

Es wurde beschlossen die Entschließung dem ersten Minister Großbritanniens dem Generalsekretär des Völkerbundes und den Mitgliedern des Völkerbundesrates zu übermitteln.

#### Die Satzung des Völkerbundes und eine etwaige Intervention gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

In der vorstehenden Entschließung des Generalkonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterpartei wird Bezug genommen auf den Artikel XI der Völkerbundescharta, der für eine etwaige Intervention des Völkerbundes wegen der Besetzung des Ruhrgebietes von besonderer Bedeutung ist. Der Artikel hat folgenden Wortlaut:

„Ausdrücklich wird hiermit festgestellt, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden oder nicht, eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist, und daß dieser die zum wirksamen Schutze des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat.“

Tritt ein solcher Fall ein, so beruft der Generalkonferenz den Bund der Mitglieder des Bundes.

Es wird weiter festgestellt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freieschlichter Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung über den Zustand auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluss auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von denen der Friede abhängt, zu stören droht.“

#### Die belgische Arbeiterbewegung und die Besetzung des Ruhrgebietes.

Der Vorstand der belgischen Gewerkschaftskommission beauftragte in feierlicher Sitzung vom 16. Januar die vom Bureau der Kommission organisierte Entschließung über die Besetzung des Ruhrgebietes. Die Entschließung lautet:

„Nach Kenntnisnahme der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen, die nur den Anstalt ist, die für die Besetzung des ganzen Ruhrgebietes, protestiert das zur Kräftigung der internationalen Lage einberufene Bureau mit der größten Entschiedenheit gegen diese Politik der Vergewaltigung und Gewalt, die nur zum Chaos und zur weiteren Verletzung der von ihr betroffenen Arbeiterschaft führen kann.“

Das Bureau weist auf das Abenteurer hin, in das die Herren Thomson und Kaspar das belgische Volk hineingetrieben haben, das selbst ihrer eigenen Aussage zufolge kein positives Resultat hinsichtlich der Reparationen ergeben kann.

Das Bureau fordert mit allem Nachdruck, daß der Konflikt sowie das ganze Reparationsproblem dem Schiedsgericht des Völkerbundes vorgelegt wird;

Es befiehlt, den Ereignissen die vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden und fordert die organisierten Arbeiter auf, sich gemäß den früher angenommenen Entschließungen gegen den Krieg und die militärischen Absichten der Regierungen, zum Handeln bereit zu halten, unbeschadet der Anwendung anderer Maßnahmen, die der Ernst der Lage erfordern könnte.“

Am 28. Januar trat das Plenum nochmals zur Beratung in der gleichen Sache zusammen. Die vom Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes angenommenen Beschlüsse wurden zum Kenntnis genommen und nach Bejahung der Sachlage einstimmig eine Entschließung angenommen, die mit Befriedigung die in verschiedenen Teilen Belgiens unternommene Kampagne gegen die Ruhrbesetzung und für die Lösung der Reparationsfragen durch das Schiedsgericht des Völkerbundes feststellt. Es wurde beschlossen, die Propaganda mit noch größerer Intensität als bisher durchzuführen.

#### Die holländischen Gewerkschaften und die Besetzung des Ruhrgebietes.

Die Vorstände der beim Niederländischen Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaften besprachen in einer Konferenz am 23. Januar die Frage, was der Niederländische Gewerkschaftsbund tun könne, um den Widerstand der deutschen Arbeiter im Ruhrgebiet zu unterstützen. Es wurde beschlossen, zunächst 2% Prozent des Vermögens des Niederländischen Gewerkschaftsbundes den deutschen Arbeitern zur Verfügung zu stellen und zwar so, daß keine einzige Organisation weniger als 50 Cent pro Mitglied zu diesem Zweck beitragen darf. Auf diese Weise wird ungefähr ein Betrag von 150.000 Gulden zusammengebracht werden.

Ferner wurde beschlossen, eine neue Konferenz einzuberufen, wenn die Lage sich verändert und eventuell nach Ablauf von fünf Wochen von neuem die Frage weiterer finanzieller Unterstützung ins Auge zu fassen. Die holländische Gewerkschaft für die Binnenwirtschaft („Centrale Bond van Transportarbeiders, Wagrouw Binnenland“) erklärt den Aufruf an die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Schieferindustrie im Ruhrgebiet auf dem Oberrhein, auf Schiffen und Schleppern der französischen Reedereien keine Dienste mehr zu nehmen. Es heißt zum Schluss dieses Aufrufes:

„Man tut alles Mögliche, um holländisches Schiffspersonal als Streikbrecher anzuwerben. Arbeitslose Schiffer und Matrosen, laßt euch nicht verlocken, in diesem Kampf dem französischen Imperialismus Handlangerdienste zu leisten und damit den deutschen Arbeitsschleppern bei ihrem ehrenhaften, aber schwierigen Kampf in den Rücken zu fallen. Nehmt also keine Arbeit an auf Schiffen der französischen Reedereien! Nehmt in diesem großen Kampfe der deutschen Brüder nicht Partei gegen sie und für die Ruhrbesetzung!“

Der Niederländische Gewerkschaftsbund hat bekanntlich dem Internationalen Gewerkschaftsbund den Betrag von vorläufig 150.000 holländischen Gulden zur Unterstützung der deutschen Kameraden zur Verfügung gestellt. Ferner haben protestiert die sozialdemokratische Arbeiterpartei, der Verband der christlichen Gewerkschaften, das katholische Gewerkschaftsbureau, der Allgemeine Niederländische Gewerkschaftsbund, die revolutionären Syndikalistinnen, das internationale antimilitaristische Bureau und die kommunistische Partei.

#### Weitere Protestaktionen.

Im nachstehenden geben wir eine Uebersicht der in den verschiedenen Ländern Europas gegen die Besetzung des Ruhrgebietes unternommenen Protestbewegungen. Diese Uebersicht macht keinen Anspruch auf Vollständigkeit, doch wird sie immerhin eine Vorstellung davon geben welche tiefe Bewegung der brutale Angriff des französischen Imperialismus in weiten Schichten der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen hat.

#### Frankreich.

Bekannt ist die klare und entschlossene Haltung, welche die „Confederation Generale du Travail“ und die Sozialistische Partei Frankreichs in der Frage der Ruhrbesetzung eingenommen hat. Es wurden von einer Reihe angeschlossener Gewerkschaftsorganisationen Protestresolutionen angenommen. Wir erwähnen: die Verbände des Arbeitervereins von Nord, Maine et Loire, Somme, Rhone usw., die Arbeiterverbände von Gagebrou, Orleans usw., die technische Beamtenorganisation der P. T. T., Paris, die Bahnarbeiter von Marseille, das Personal der Marineverwaltung von Orleans usw.

Protestkundgebungen haben stattgefunden in Paris, Toulouse, Nancy, Le Mans, Colmar usw. Weitere Veranstaltungen werden vorbereitet. Es ist unmöglich sie alle aufzuzählen. Sie werden zum Teil von der „Confederation Generale du Travail“, zum Teil von lokalen Gewerkschaftsorganisationen, sei es in Marseille mit der sozialistischen Partei oder der Liga der Menschlichkeit organisiert. Für die Woche vom 19. bis 27. Januar wurde eine provisorische Liste für 26 Versammlungen in „Le Peuple“, dem französischen Gewerkschaftsorgan, veröffentlicht. Die Kommunisten führen ihre Aktion selbständig.

#### Belgien.

Die belgischen Gewerkschaftsorganisationen und die Arbeiterpartei haben eine Protestaktion eingeleitet, die sich über das ganze Land erstreckt. Der Verband der Eisenbahner, der Bergarbeiter und des Marinepersonals usw., die sozialistischen Frauenorganisationen, die ehemaligen sozialistischen Kriegsteilnehmer, die Vereinigung der ehemaligen Kriegsgefangenen und der Christliche Gewerkschaftsbund haben gleichfalls durch ihre ausführenden Organe gegen die Ruhrbesetzung protestiert.

#### England.

Die Gewerkschaften, die Arbeiterpartei, die Unabhängige Arbeiterpartei haben als Wortführer der englischen Arbeiterklasse ebenfalls Protestkundgebungen veranstaltet.

#### Italien.

In Italien haben protestiert: der Italienische Gewerkschaftsbund, die sozialistische Partei (Turati) die Maginallisten (Cerrati), die Kommunisten (Bombacci), die Volkspartei und der Christliche Gewerkschaftsbund.

#### Tschechoslowakei.

Die tschechische Gewerkschaftszentrale, die deutsche Gewerkschaftskommission und die deutsche sozialdemokratische Partei.

#### Schweiz.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, die sozialdemokratische Partei und die christlichen Gewerkschaften.

#### Schweden.

Öffentliche Kundgebungen wurden veranstaltet von der sozialdemokratischen Partei in Göteborg, Selmsborg und Malmö.

#### Spanien.

Die sozialistische Partei sandte an den Präsidenten der französischen Republik einen Protest.



### Neuregelung der Bergarbeiterlöhne im Monat Februar 1923.

Auf Grund der am Montag, den 5., bis Mittwoch, den 7. Februar, in Essen und Berlin geführten Lohnverhandlungen für den Kohlenbergbau erhöhen sich die Löhne ab 9. Februar 1923 für die einzelnen Tarifbezirke wie folgt:

- Ruhrrevier:**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 4410 M., einschließlich 224 M. Soziallohn.
  - Aachen (Steinkohle):**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3860 M., einschließlich 224 M. Soziallohn.
  - Aachen (Braunkohle):**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3860 M., einschließlich 224 M. Soziallohn.
  - Rhein (Braunkohle):**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 4410 M., einschließlich 220 M. Soziallohn.
- Außerdem erhalten diese im besetzten Gebiet liegenden Tarifbezirke für die eingetretene außerordentliche Leistung und Schwierigkeiten, welche durch die Besetzung entstanden sind, eine Abwehrgulage. Diese beträgt:
- im Ruhrrevier durchschnittlich je Mann u. Schicht 1600 M.,  
a) Aachen (Stein- und Braunkohle) . . . 1400 M.,  
c) Rhein (Braunkohle) . . . 1600 M.
  - Sachsen (Steinkohle):**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 4000 M., einschließlich 220 M. Soziallohn.
  - Sachsen (Braunkohle):**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3969 M., einschließlich des Soziallohnes.
  - Niederschlesien:**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3749 M., einschließlich des Soziallohnes.
  - Oberschlesien:**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 4200 M., einschließlich 224 M. Soziallohn.
  - Niederschlesien:**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 4000 M., einschließlich 220 M. Soziallohn.
  - Böhmen (Steinkohle):**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 4000 M., einschließlich des Soziallohnes.
  - Steinkohle:**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3400 M., einschließlich des Soziallohnes.
  - Braunkohle:**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3676 M., einschließlich des Soziallohnes.
  - Leine-Braunkohlenbetriebe:**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3510 M., einschließlich des Soziallohnes.
  - Oberhessen:**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3744 M., einschließlich des Soziallohnes.
  - Mitteldeutschland (Kernrevier):**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3900 M., einschließlich 220 M. Soziallohn.
  - Karlsruher: Obergrünth, Forst u. Grube Gustav bei Dettlingen:**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3588 M., einschließlich des Soziallohnes.
  - Alle übrigen Karlsruher:**  
durchschnittliche Erhöhung je Mann und Schicht . . . 3510 M., einschließlich des Soziallohnes.

### Der Streik im Saargebiet.

Zu dem am 5. Februar ausgebrochenen Streik im Saargebiet ist folgende geschichtliche Darstellung zu geben:

In Verhandlungen am 13. und 16. Januar wurde von dem französischen Arbeitgeber eine Lohnerhöhung abgelehnt. Die Reichskonferenz hat daraufhin am 28. Januar einstimmig zum 5. Februar bei Streik beschlossen. Am 30. Januar fragte die Regierungskommission bei den Bergarbeiterorganisationen an, ob sie zur Verhandlung bereit seien. Wenn sie auch beim Arbeitgeberverband die Bereitschaft festgestellt haben. Die Bergarbeiterorganisationen haben dieses selbstverständlich bejaht und daraufhin fanden am 1. Februar weitere Verhandlungen statt.

Zu bemerken ist noch, daß die Regierungskommission am 1. Februar die Kohlensteuer von 7 1/2 auf 5 Prozent herabsetzte wodurch monatlich ungefähr 1 Million Franken erspart werden. In der Verhandlung am 1. Februar bot die Bergverwaltung auf Grund der abgelehnten Kohlensteuer 1 Fr. Lohnerhöhung an. Die Bergarbeiterorganisationen lehnten dieses Angebot als ungenügend ab, worauf nach längerer Verhandlung 2 Fr. zugeföhrt wurden, und zwar sollten die Schichtführer die 2 Fr. auf den festen Lohn und die Gehilfen 30 Prozent auf dem Gehilfenlohn erhalten. Auch dieses Angebot wurde als ungenügend abgelehnt und die Verhandlung an diesem Tage abgebrochen, um am 2. Februar fortgesetzt zu werden. Nach längerer Verhandlung gelangte die Verwaltung 3 Fr. feste Zulage für Schichtführer und 30 Prozent auf dem Gehilfenlohn zu. Sie bemerkte, daß sie nicht in der Lage sei, höhere Forderungen zu bewilligen, da dieselben eine Kohlenpreiserhöhung zur Folge hätten würden und sie mit Rücksicht auf die Teuerung in Frankreich eine Erhöhung der Kohlenpreise nicht vornehmen könnte.

Unter Hinweis auf die geschilderte Lage forderten die Bergarbeitervertreter ab 1. Februar 3 Fr. und ab 1. März weitere 2 Fr. Lohnerhöhung. Die Verwaltung lehnte weitere Lohnerhöhungen für März mit der Begründung ab, daß eine Erhöhung der Löhne im März vom dem Sinken des Franken als auch vom dem weiteren Umlauf des Franken im Saargebiet abhängen würde.

Die ausgearbeiteten 3 Fr. wurden von den Bergarbeiterverbänden abgelehnt. Die Ablehnung hat ihre Ursachen auch darin, daß die Dauer nur 20 Prozent auf dem Gehilfenlohn erhielten, somit für sie die Lohnerhöhung geringer als die der Schichtführer wäre. Der Mindestlohn betrug 8,20 Fr., die Erhöhung des Hauverlohnes betrage aber nur 2,35 Fr. Die Bergverwaltung wollte gegen den Willen der Organisationen diese Lohnerhöhung durchzuführen und ließ dieses am selben Tage auf allen Gruben durch Anschlag bekannt machen. Die Belegschaft lehnte einstimmig die 3 Fr. Lohnerhöhung ab und so kamen am 3. Februar durch Vermittlung der Regierungskommission erneut Verhandlungen zustande in welchen die Bergverwaltung die 20 Prozent Lohnerhöhung auf die Gehilfenlöhne in 3 Fr. auf den Grundlohn umänderte. Sie sprach auch über eine Erhöhung für März Mitte Februar zu verhandeln und mit den Organisationen in Föhlung zu bleiben, ohne eine bestimmte Zulage in Aussicht stellen zu können.

Am 4. Februar berieten sich die Bergarbeiterorganisationen in einer Reichskonferenz. Unter der Bergarbeiterschaft ist aber nicht nur über die Entlohnung, sondern auch über die Rehabilitation und sonstige notwendigen Anstände eine ungeheure Erörterung vorhanden. In namentlicher Abstimmung mit allen 111 abgegebenen Stimmen wurde das Angebot der Bergverwaltung abgelehnt. Am 5. Februar traten die Belegschaften in den Streik.

Die Konferenz stellte an die Bergverwaltung erneut folgende Forderungen:

„An die Administration des Mines Domaniales du Bassin de la Sarre, Saarbrücken.“

Die unterzeichneten Organisationen gestatten sich, der Bergverwaltung folgendes mitzuteilen:

An den gestern stattgefundenen Konferenzen der Vertretungsmänner der Verbände wurde das letzte Lohnangebot der Bergverwaltung einstimmig als ungenügend abgelehnt. Die verarmtesten Bergarbeiter werden erneuert ihre bisherige Forderung und verlangen eine Lohnerhöhung von 5 Fr. ab 1. Februar, weitere 2 Fr. ab 1. März 1923. Ferner wurden noch folgende Forderungen erhoben und sollen dieselben in einer Verhandlung ihre Regelung finden:

### Protest gegen die Erziehung eines Verbandsmitgliedes.

Aus Anlaß der Erziehung des Bergmanns Wilhelm Saumann aus Breiten, der Mitglied des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands ist, fand der Vorstand unter dem 5. Februar 1923 folgenden Protest an den Herrn General Degoutte in Düsseldorf:

„Am Donnerstag, den 1. Februar 1923, ist das Mitglied unserer Organisation, der Bergmann Wilhelm Saumann in Breiten bei Dortmund, auf dem Wege zur Arbeit von einem französischen Posten ohne jeden Grund erschossen worden. Es ist nicht der erste Fall, wo friedlich ihres Weges gehende deutsche Arbeiter von französischen Soldaten angeschlossen oder erschossen worden sind. Volle Empörung erheben wir Protest gegen die Ermordung friedliebender deutscher Bürger durch französische Soldaten.“

Wir ersuchen dringend, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter ihrer Arbeit nachgehen können, ohne befürchten zu müssen, erschossen zu werden.“

1. Bessere Behandlung der Belegschaftsmitglieder.
2. Einhaltung des Tarifvertrages beim Gebirgsabschluss.
3. Regelung der Handwerkerzulage.
4. Veröffentlichung der monatlichen Lohnskala für die einzelnen Impositionen.
5. Nachprüfung der bis jetzt erfolgten Verlegung aus Werkstätten und Maschinenfabrik in die Grube.
6. Mehr Entgelt zusammen bei Verlegungen von einer Grube zur anderen unter Berücksichtigung des Wohnortes.
7. Bei Neuanstellungen Berücksichtigung in erster Linie von Söhnen der Belegschaftsmitglieder.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, Deutscher Metallarbeiterverband, Christlicher Metallarbeiterverband.“

Der Streik setzte am Montag auf den gesamten Saargebiet einmütig ein. Nicht ein Arbeiter ist angeschlossen mit Ausnahme von Saarbrücken, Bergschleien und von den Organisationen bestimmten Notstandsbereitern. Daraus ergibt sich eine bisher niemals vorgekommene Einmütigkeit der Saarländer.

Die „Saarbrücker Zeitung“ bereitet eine Notiz, daß der Streik gegen den Willen der Führer ausgebrochen sei. Dazu ist zu sagen, daß von den Führern selbstverständlich erwogen wurde, ob es nicht zweckmäßiger sei, das „Fragebot zur Annahme zu empfangen, daß aber nachdem der Streik beschlossen wurde, diese die Streikleitung in die Hände genommen haben.

Der Streik setzte mit einer musterghiltigen Ruhe ein. Nur Arbeiter, die von den Streikbureaus Ausnahme für Notstandsarbeiten haben, gehen zur Grube. Der Betrieb ruht vollständig. Die Führung der Bergarbeiter draußen auf den Dörfern ist einfach musterghiltig und über alles Lob erhaben. Hier und da werden anscheinend bezahlte Subjekte Streik zu provozieren, um dann die Polizei auf den Plan zu rufen. Doch die von den Organisationen gestellten Ordnungsmannschaften erledigen alles in der grössten Gemütsruhe und friedlich geht alles aus einander. Wie mitgeteilt wird hat der Saarbund, der aus Beamten, Lehrern, Angestellten und einzelnen Bergarbeitern besteht, am Sonntag in Pflüdingen beschlossen, die Arbeit geschlossen mit der W. A. schafft niederzulegen. Später wurde mitgeteilt, daß dieser Saarbund, der bei den Bergarbeitern nur über ganz wenige Mitglieder verfügt, beschlossen hat, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Von allen größeren Bergmannsbörfern kommen Nachrichten, daß abweisen Wirtin und Bergarbeiterorganisationen eine freiwillige Vereinbarung getroffen ist, während des Streiks keinen Schaden zu verabsorgen. Auch nach einer Anzahl Wirtin früher wie sonst zu. In einzelnen Orten wurden die Wirtschaften bereits am 9. März geschlossen.

Trotz dieser Ruhe sollen mehrere Gruben in späteren Tagen von französischen Militär besetzt worden sein. Dieses führt zur Erregung und die Verrichtung der Notstandsarbeiten löst auf Schwierigkeiten, weil die Bergleute diese Arbeit ablehnen.

### Den Kämpfenden in den Rücken gefallen

ist die kommunistische „Westfälische Arbeiter-Zeitung“. In Nr. 20 vom 5. Februar schreibt sie:

„Alle trotz Bewilligung der Forderung Streik! Diese Meldung bekämpft unsere in den seitenden Ausführungen zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß der Saargebiet als wirtschaftlicher Flankenschutz gegen die Ruhrpolitik der Franzosen gedacht und gemacht wird.“

Das ist echt kommunistisch. Sonst kann doch bei diesen Leuten nicht genug gekrielt werden. Hier, wo die berechtigten Forderungen abgelehnt wurden, schämt sich dieses Blatt nicht zu schreiben, daß die Forderungen bewilligt und der Streik nur ein wirtschaftlicher Flankenschutz sein soll. Das sollten sich die Bergarbeiter merken.

Eingemagel findet man das obige Blatt in allen Pariser Chaubinnstettern. Die kommt die kommunistische Zeitung dazu, im Sinne der französischen Propaganda und gegen die streitenden Saarbergarbeiter zu schreiben? An sich können doch die Kommunisten die Berechtigung der Forderungen unserer Saarländer nicht bestreiten.

### Streik in Lothringen.

Die lothringischen Bergarbeiter stellten Ende Januar den Unternehmern eine Frist bis zum 7. März, während welcher die geforderte Lohnerhöhung von 10 Prozent bewilligt werden sollte. Die Unternehmer lehnten diese Forderung ab. Am Sonntag, den 4. Februar, fanden Konferenzen statt, in welchen beschlossen wurde, daß falls die Unternehmer nicht im letzten Augenblick einlenken, in den nächsten Tagen der Streik zu proklamieren sei. Am 7. Februar stellten bereits einige Gruben die Arbeit ein. Am 8. Februar wurden alle Kohlengruben stillgelegt.

Wie beim Saargebiet, so auch bei dem der lothringischen Kameraden faßte die französische Chaubinnstettern von einem Dolchstoß gegen die französische Ruhrfront. Die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter wird nicht in Rechnung gestellt. In Lothringen haben es die Bergarbeiter mit dem reichsten Unternehmertum zu tun. Eine Verhandlung mit den Bergarbeiterorganisationen lehnten diese rundweg ab. Sie verhandeln nur mit den Betriebsvertretungen, ein moderner Tarifvertrag wird abgelehnt.

An dieser Ohnmacht der Organisation ist allerdings die rabidische Zerstückelung der Arbeiter mit schuld. Diese Ohnmacht einleucht, ist bereits im Dezember zwischen dem dortigen kommunistischen Bergarbeiterverband (zur Mosauer Gewerkschaftsinternationale gehörend) und der christlichen Bergarbeiterorganisation eine Arbeitsgemeinschaft geschlossen worden.

### Frankösisches Bergarbeiter vor dem Streik.

Der französische Bergarbeiterkongress, der am 6. Februar tagte, hat beschlossen, an die Bergwerksbesitzer mit neuen Forderungen heranzutreten im Verlage von 1,50-2,00 Franken täglich. Ferner soll in einem besonderen Schreiben verlangt werden: Steuerfreiheit, Pensionsregelung, Einrichtung von Arbeiterrenten usw. Das an die Bergwerksbesitzer gerichtete Schreiben schließt mit folgendem Satze: „Wenn die Bergarbeiter bis zum 15. Februar nicht volle Genehmigung erhalten haben, wird der Generalstreik am 16. Februar ausbrechen.“

### Wirtschaftsnotstand.

Der französische Kongress tagte Anfang Februar ein Gesetz vor, das einen Vertrag mit der Babilischen Anilin- und Sulfabrik genehmigen sollte. Es handelt sich bei diesem Vertrag um nichts weniger als um den Verkauf wichtiger chemischer Patente, die wirtschaftlich und militärisch für Frankreich von außerordentlicher Bedeutung sind. Wie die „Metallwerke“ mitteilt, bietet die Babilische Anilin- und Sulfabrik, unabhängig von allen durch den Preisvertrag Frankreich zugesprochenen Rechten und unbeschadet ihrer eigenen Rechte, ihre „freiwillige Beihilfe“ an. Sie verpflichtet sich zur Mit-

teilung aller zur Fabrikation nötigen Angaben und Einzelheiten der Verfahren, deren Anwendungen und Kontrollmaßnahmen zwecks Erzielung der günstigsten Resultate. Wie dahin gehörigen Patente und Lizenzen tritt sie gänzlich und ausschließlich an Frankreich ab und stellt zur Ausführung ihre persönliche Unterfertigung zur Verfügung, wenn dieses verlangt werden sollte.

Die französischen Ingenieure haben ungehinderten Zutritt zu den Werken der Babilischen Anilin- und Sulfabrik, welche ihnen während der Dauer des Vertrages von allen in ihrem Betriebe eingeführten Verbesserungen Kenntnis gibt. Außerdem verpflichtet sie sich, jede Konkurrenz mit den nach ihrem Verfahren hergestellten Produkten in Frankreich, den französischen Kolonien und in den Ländern unter französischem Protektorat zu unterlassen. Zur Entschädigung ihrer „freiwilligen Unterfertigung“ gewährt Frankreich der Babilischen Anilin- und Sulfabrik gewissermaßen als Bauleitergebühren fünf Millionen Frank und außerdem ein Anrecht auf eine Gewinnbeteiligung von 2 bis 4 Prozent. Das bei Loulouise zu errichtende Werk wird gemäß des Vertrages von deutschen Ingenieuren der Babilischen Anilin- und Sulfabrik gebaut und auf eine tägliche Produktion von 100 T. eingestellt werden. Die Gültigkeitsdauer des Abkommens ist auf 15 Jahre festgesetzt worden.

Chemiker und Techniker sind von deutschen Kapitalisten Jahrzehnte hindurch hinflos gemacht und strafrechtlich verfolgt worden, wenn sie Fabriksgeheimnisse verrieten. Durch die Konkurrenzklausel sicherte man sich die Erfindungen und Verbesserungen, die Techniker und Chemiker in den Betrieben machten.

Seite legt die nationalsozialistische Presse Deutschlands Mißtrauen gegen Frankreich, dessen Kammer zwar letzten Zeit berät über diesen Vertrag, durch die Anilin ihre Fabriksgeheimnisse zu einem Preis verkauft, der in Wertmarken rund 1 1/2 Milliarden barstellt.

Das Bekanntwerden des Vertrags hat zunächst eine Preissteigerung der Anilinfabrik auf das Doppelte zur Folge gehabt. Das Volk hungert, das Kapital macht Geschäfte, die es früher als Landbesitzer bezog.

Die Babilische Anilin- und Sulfabrik erklärt zu der Vertragsache, daß sie 1919 den Vertrag abgeschlossen habe, als die Franzosen ihre Anlagen besetzt und in der Lage gewesen wären, sich das Verfahren gewaltsam anzueignen, das sie zum Teil auch schon konnten durch die in Frankreich erteilten Patente. Natürlich kann niemand gezwungen werden, seine Fabriksgeheimnisse preiszugeben. Man könnte sich aber noch mit dem Vertrag abfinden, wenn die Anilin den einmaligen Profit von 10 bis 11 Milliarden dem notleidenden Volke zuwendete und sich mit der laufenden Rente begnügte.

### Volkswirtschaftliche Rundschau. Gewalt gegen Recht.

In dieser Woche ist die zweite Nummer unseres wirtschaftlichen Mitteilungsblattes „Verband und Wirtschaft“ erschienen. Der Leitartikel behandelt unter der Überschrift „Gewalt gegen Recht“ die wirtschaftlichen Hintergründe der Ruhraktion. In der letzten unangenehmen Abwehr der deutschen Arbeiter, auch gegen die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes ist es notwendig, die hinter der Ruhraktion stehenden Antriebe zu erkennen und die wirtschafts-imperialistischen Ziele, deren Scharfmacher der französische Militarismus ist, zu erkennen. Unsere Forderungen werden aus diesem Artikel eine ganze Reihe von Anregungen zum eigenen Markwerden über die gegebene Lage schöpfen können. Ein weiterer Artikel „Erdöl in der Weltwirtschaft“ beschäftigt sich mit der wachsenden Bedeutung der Erdölwirtschaft. Neben Kohle und Eisen ist es das Erdöl, das den Mittelpunkt der imperialistischen Bestrebungen der großen Handelsstaaten bildet, und die große Rolle, welche das Erdöl in der Weltwirtschaft spielt, darf bei den Betrachtungen über die Weltlage nicht außer Acht gelassen werden. — Der Aufsatz „Bilanzen“ behandelt in ausführlicher Weise den Ablauf eines führenden westdeutschen Montanunternehmens, der Harpener Bergbau-A.G. Es ist dies nicht ein Artikel, den man in der Bucherbau oder am Kassettisch bequem gemüßwillig als beruhigende Unterhaltungsliteratur genießen kann, sondern der selbst durchgearbeitet und durchdrungen muß. Die Betriebsräte werden hieraus die Schwierigkeiten erkennen können, welche einer sachgemäßen Bilanzkritik entgegenstehen, sie werden aber auch erkennen, daß man mit ein paar hübschen Diagrammen dieser Schwierigkeiten nicht Herr werden kann, sondern daß die Verrückung der Materie eine zähe, unermüdliche Selbstprüfung voraussetzt. — Trotz der fast vierjährigen Praxis des neuen Arbeitsrechts muß immer wieder festgestellt werden, daß manne klare Sachen durch Finanzjuristen nicht zurechtgerichtet werden eine Vertiefung erfahren. Es kommen auch jetzt vor, wo durch Innenminister nicht zurechtgerichtet werden die Verfolgung einer Strafsache wegen Fristverletzung unmöglich wird. Ferner erleben wir, daß zurechtgerichtet eine Sache als unzulänglich abgelehnt und umgekehrt, daß unzulängliche Behörden Angelegenheiten als zulänglich erkläre. Es ist daher notwendig, daß die Betriebsräte wissen, welche Behörden in Streitfällen von der Betriebsverwaltung anzurufen sind. Ein diesbezüglicher Artikel führt die zuständigen Stellen im einzelnen auf. — Durch die Besetzung des Ruhrgebietes hat eine Frage erhöhte Bedeutung erlangt und zwar die der „Ausländer im Ruhrbergbau“. In einer mit Zahlen belegten Uebersicht wird diese Frage durchleuchtet. Daß eine so große Anzahl Ausländer im Ruhrbergbau tätig sind, beweist, daß die früher herrschende Arbeiter- und Lohnpolitik es nicht herbeiführte, geringere deutsche Arbeiter zum Ruhrbergbau zu erhalten. Hier steht man vor einem der treulichsten Kapitel der sozialdemokratischen Arbeiterpolitik. — Eine Ergänzung zum Verbandsstatut“ teilt die neuesten Vertrags- und Unterhaltungsstücke mit, die sich aus der in den letzten Wochen eingezeichneten Gesamtwertung ergeben. Die Funktionäre tun gut sich mit dem Zahlenmaterial recht bald vertraut zu machen. Die finanziellen Schwierigkeiten der deutschen Gewerkschaften, hervorgerufen durch den raschen Währungsverfall, sind ja heute längst kein Geheimnis mehr. Diese Schwierigkeiten zu beheben, liegt in erster Linie in der Hand der Funktionäre, der Unterfasser im besonderen. Schnelleres Einfrieren, Verändern der richtigen Marken und schnelleres Abklemmen der eingegangenen Verträge an die zukünftige Markensituation, ist das erste Erfordernis, wenn wir die deutschen Gewerkschaften auch finanziell über diese grausame Not hinwegbringen wollen. Daß bei einer finanziellen Verdrängung der Verbandsstellen auch sehr bald die Schlagkraft der Gewerkschaften nachläßt, ist eine ganz banale Weisheit. Daher ist es höchste Pflicht eines jeden in der Bewegung Zählgen, an seinem Teil an der Abwendung dieser Schwierigkeiten beizutragen. — Unter der Aufschrift „Bücherbesprechung“ werden einige Schriften erwähnt, die den Funktionären als Parzialabrechnung gute Dienste leisten können. — Die letzten Seiten des Mitteilungsblattes werden ausgefüllt von sehr interessanten Wirtschaftskurven und Wirtschaftszahlen. Die bei der letzten Ausgabe in Kameradenkreisen gar nicht zu erwähnen sind. Uns ist zwar bekannt, daß derjenige, der mit dem Wesen der Statistik nicht näher vertraut ist, leicht geneigt ist, wenn Statistiken die Antwort auf viele Fragen schuldig bleiben, gleich ein wegwerfendes oder gar verächtliches Urteil über die Statistik zu fällen. Und doch brauchen wir heute die Statistik mehr denn je. Sie allein geben die Unterlagen für die Führung einer sachlichen Politik. Das Ueberwundern um die wirtschaftlichen Probleme bringt uns auch nicht einen einzigen Schritt unserem Ziele näher. Durch die Erkenntnis der Schwierigkeiten der Gegenwart werden sie wieder größer noch kleiner, sondern sind zu überwinden eben nur durch Klarheit. Diese bei unseren Funktionären und Betriebsräten zu vertiefen, ist die vornehmste Aufgabe, die sich unser wirtschaftliches Mitteilungsblatt gestellt hat. Uns liegt es fern, irgend jemanden überreden zu wollen oder gar eine andere Uebersetzung beizubringen, was wir wollen, ist lediglich Belehrung, und das ist die Voraussetzung für unser Zielstreben. Be.

### Deutschlands Außenhandel im Dezember 1922.

Nur 29 Prozent der Menge von 1913.

Ueber den deutschen Außenhandel im Dezember wird mitgeteilt: Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Reichsamtes entfiel die Exportmenge im Dezember mengenmäßig wie folgt: Die Einfuhr betrug von 45,5 Mill. D-Mrk. im November auf 43,2 Mill. D-Mrk. zurück, die Ausfuhr hingegen von 15,5 Mill. D-Mrk. im November auf 17,6 Mill. D-Mrk.

Der mengenmäßige Rückgang der Einfuhr erstreckt sich vor allem auf Rohstoffe und unter diesen in erster Linie auf Eisen (—3,8 Mill. D-Mrk.). Auch Braunkohlen, Getreide, Mineralöle usw. gingen zum Teil stark zurück. Fast alle anderen Rohstoffe zeigten einen, wenn auch nur leichten, Steigerungsgrad. Auf härteren Baumarten sind u. a. zu erwähnen: Rohelfen und Eisenhaltige, dagegen sind nicht unerheblich zurückgegangen: Lebensmittel, vor allem



# Un unsere Mitglieder!

Kameraden! Die in den letzten Wochen eingetretene ungenügende Geldentwertung macht eine schnellere Anpassung der Beiträge an die Löhne erforderlich. Ab Mitte Februar tritt deshalb für das gesamte Verbandsgebiet eine weitere Beitragserhöhung ein. Den Zahlstellen werden die notwendigen Marken sobald wie möglich zugefickt.

**Unter Hinweis auf die Gefahr, in der die Gewerkschaften bei der immer größer werdenden Geldentwertung gebracht werden, erwarten wir von allen Mitgliedern und Funktionären reifliche Durchführung der Beitragserhöhung.**

**Kameraden! Noch nie war die Lage der Bergarbeiter so ernst als jetzt, darum ist notwendig die Geschlossenheit der Organisation u. Durchführung der erforderl. Maßnahmen.**

Weizen, Roggen, Kartoffeln, Zuder, Kakaobohnen, Fleisch, Fische usw., ferner Fertigwaren, wie Baumwollgewebe und chemische Erzeugnisse. — Die verhältnismäßig bedeutende Zunahme der Ausfuhr ist zum Teil auf die Aufarbeitung von Rückständen zurückzuführen, welche der letzte Monat des Jahres mit sich bringt. Eine Steigerung der Ausfuhr tritt vor allem bei den Fertigwaren in die Erscheinung, und hier besonders bei Stahl- und Formeisen, Blech und Draht, Maschinen usw. Lebensmittel und Getränke weisen dagegen, mit Ausnahme von Salz und Bier, deren Ausfuhr stark zunahm, einen mengenmäßigen Rückgang auf, der allerdings in erster Linie bei Kartoffeln ins Gewicht fällt. Besonders erwähnenswert ist unter den Rohstoffen und halbfertigen Waren noch die Zunahme der Ausfuhr von Deckungen und Kupfeln.

Das Gesamtergebnis 1922 stellte sich mengenmäßig auf 458,7 Mill. D.-M. in der Einfuhr und auf 215,6 Mill. D.-M. in der Ausfuhr. Ein Vergleich mit den Mengenzahlen von 1913, die sich allerdings auf das damalige Wirtschaftsjahr erstrecken — Einfuhr 723,3, Ausfuhr 797,1 Mill. D.-M. — zeigt, daß rein mengenmäßig die Einfuhr auf 63 Prozent, die Ausfuhr auf 29 Prozent der Vorkriegszahlen zurückgegangen ist. Rechnet man Steinkohlen sowohl 1913 wie 1922 in Ein- und Ausfuhr ganz außer Betracht, so zeigt sich, daß die Einfuhr gegenüber 1913 um 47 Prozent, die Ausfuhr um 53 Prozent zurückgegangen ist. Zu beachten ist, daß die Ausfuhrzahlen nicht die Lieferungen auf Grund des Friedensvertrages, soweit sie sich aus den Ausfuhranmeldungen ergeben lassen, umfassen.

Der Kongreß schloß es ab, die Konkurrenzfähigkeit der Kohle lediglich auf Kosten der Arbeiterlöhne zu erhalten, er verlangt Senkung der Kohlenpreise auf Kosten der Gewinnrate der Unternehmer. Der Kongreß stellte weiter fest, daß die Unternehmer fast nichts tun, um die Betriebstechnik auszugleichen, ihr Hauptbestreben geht dahin, die gegenwärtige Krise zu benutzen, um die soziale Gesetzgebung und die Vertragserfolge abzutauen. Der Kongreß verlangte die Einrichtung staatlicher Kommissionen zur Prüfung der Selbstkosten und Festsetzung der Preise sowie die Erziehung eines internationalen Kohlenwertungsamtes. Der Kongreß verlangte weiter die Beseitigung der Preuderladen mit ihren Vorkonten und die Unterstellung der Bergleute unter die allgemeine Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung. Entschieden wandte sich der Kongreß gegen die von den Unternehmern ins Leben gerufene technische Nothilfe und die Vornahme von 400 Bergarbeiter sind bisher im österreichischen Bergbau entlassen, daneben gibt es viel Feiertagskinder. Zur Unterstützung der Entlassenen hat der Verband einen Erntebetrag ausgeschrieben, dessen Ergebnis, 28 Millionen Kronen, schon voll ausgeschüttet wurde.

Wir wünschen unserem Bruderverband, daß der Geist, der auf der Konferenz in einem Vertrauensvotum für die Verbandsleitung zum Ausdruck kam, den Verband mehr und mehr stärken möge!

## Der französische Gewerkschaftskongreß

Fat seit vier Jahren zum erstenmal wieder in Einmütigkeit getagt, nachdem durch die Spaltung der Kommunisten die Gewerkschaften jahrelang an erprießlicher Arbeit gehindert wurden. Auch jetzt versuchen die Kommunisten ihren „Einheitsrumpf“ zu erhalten. Die Moskauer hatten an den Gewerkschaftskongreß ein langes Schreiben gerichtet, in dem sie die bekannte „Einheitsfront“ und darüber hinaus die Einberufung eines gemeinsamen Gewerkschaftskongresses vorschlugen. Der Zweck dieses Mandats lag klar zutage. Es sollte der Ansicht erwidert werden, als seien es die Kommunisten, die die Einheit wünschen. Wäre der Gewerkschaftskongreß auf dieses Mandat heringefallen, dann würde man dem ersten Jani und Stant nur die Tür geöffnet und zugleich den kommunistischen Gewerkschaftsprengern die Gelegenheit gegeben haben, ihre verberbliche Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Gewerkschaftskongreß ist zum Scherz der Kommunisten auf dieses boppelte Mandat nicht heringefallen. Nach eingehender Beratung nahm er eine Entschließung an, in der darauf hingewiesen wird, daß die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen allen offen stehen und daß ein Gewerkschaftskongreß auf Antrag dieser Organisationen jederzeit einberufen werden kann. Die Einheit der Gewerkschaften sei nur möglich innerhalb des französischen Gewerkschaftsbundes und der Internationalen von Amsterdam.

Der Gewerkschaftskongreß beschäftigte sich auch mit der Frage der Ruhebesetzung und der Reparationen. Er billigte durchaus die Spaltung der Leitung des Gewerkschaftsbundes, die gegen die Ruhebesetzung eine intensive Agitation im ganzen Lande entfaltet hat. In Zusammenhang mit dieser Agitation im ganzen Lande entfaltet hat. In Zusammenhang mit dieser Agitation im ganzen Lande entfaltet hat. In Zusammenhang mit dieser Agitation im ganzen Lande entfaltet hat.

Im allgemeinen beschäftigte sich der Kongreß vor allem mit der inneren Ausgestaltung der französischen Organisation.

Der Generalstreik der Bergarbeiter müsse auch im Ruhegebiet proklamiert werden. Neben der Sechsstundenfrist soll eine Ueberleistungsumme von 100 000 Mk., die Beseitigung des Steuerabzugs vom Lohn und die sofortige Zurückziehung der Befehlsgestaltung gefordert werden.

Wir lehnen diesen Generalstreik ab, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die Proklamierung desselben die beste Unterstützung französischer Gewerkschaften wäre. Generalstreik heißt Massen auf die Straße bringen und die Gefahr von Zusammenstößen mit dem französischen Volk für heraufbeschworen. Das mag den Kommunisten passen, wir wollen keine blutigen Attaken auf Arbeiter, sondern wir hoffen, im gewaltlosen Kampf das für die Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk zu retten, was zu retten ist. Wir erlauben alle unsere Kameraden dringend, jeder Streikhege energisch entgegenzutreten.

## Ein unionistischer Rußlandforscher.

Der Angestellte der Union, Nikolaus Sals, wurde als Delegierter zu dem im November 1922 tagenden kommunistischen Kongreß nach Moskau entsandt. Von dort sandte er seinem Bruder Josef einen Brief, welchen letzterer — weil er mit den Kommunisten einen Streit wegen katholischer Feiertage bekam — in der „Samborner Zig.“ (Zentrumsblatt) veröffentlichte. Dieser „interessante“ Brief lautet:

Moskau, den 20. 11. 1922.

Wir deutschen Vertreter der Union und SPD. fuhren am 10. 11. 1922 von Berlin 2. Klasse über Königsberg - Eydtkuhnen nach Riga. Am 12. 11. kamen wir in Riga an und wurden in ein Hotel der russischen Botschaft gebracht. Tippisches Essen, feines Zimmer mit reichem Bequemlichkeiten. Herzliche, freundliche Aufnahme. Abends um 11 Uhr Abfahrt im Diplomatenwagen 1. Klasse (Schlafwagen mit Bett) nach Moskau. Unterwegs gab es Bede, Wurst und gebratenes Fleisch. Eine herrliche Fahrt durch Wildnis und Steppe. Am 15. 11. in Moskau an und mit Auto nach Hotel Luz. Jeder erhielt sofort 50 Millionen Rubel und legt ging es ins Hotel Paris. Dort großes Diplomatenzimmer mit Schreibtisch, Sessel, Sofa, Bett mit allen herrschaftlichen Bedienung. Um 9 Uhr Frühstück, um 10 Uhr zweites Frühstück, um 4 Uhr großer Gala-Mittagstisch. Nebenbei noch die Festessen an der Univerität, Holz, Bau, Textil und wie sie alle heißen mögen, an denen wir auch noch teilnehmen müssen. Unsere Konferenz findet im Kremlin, dem Besprechungssaal der russischen Kaiser, statt. Das Traktationszimmer ist das Schlafzimmer der russischen Kaiserin Katharina, deren Bett noch dort steht. Die Räume sind in Gold, Seide, Perlen und Edelsteinen gehalten; die herrlichen Teppiche liegen und hängen an Wänden und Treppen. Wunderbar schöne Tage! Es würde sich bleiben können, läme ich nicht mehr nach Deutschland.

Na, Kamerad, läßt dir nicht der Speichel im Munde zusammen, wenn du von soviel Lederen, Schönen und bequemen Sachen hörst? Kräfte dich diese Diplomatenwagen 1. Klasse, Diplomatenzimmer, Sofa, Gala-Mittagstisch und wunderbare Schlafzimmer mit herrschaftlicher Bedienung gibt es in Rußland nur für kommunistische Führer und Sowjetangehörige. Das große Meer der schaffenden Klasse haust in Läden, stirbt vor Hunger. Dem Leser sind die in der „Bergarb.-Zig.“ veröffentlichten Auszüge aus den verbandsmittigen russischen Zeitschriften bekannt, nach denen die Bergarbeiter des Donzaretiers in größter Not und Entbehrung leben. Am 1. Juni 1922 schuldete die Verwaltung den Bergarbeitern 1 Trillion 500 Milliarden Rubel Arbeitslohn. Alle Länder sammeln für das hungrende Rußland und die Spenden reichen bei weitem nicht aus. Währenddessen veranlassen die kommunistischen „Arbeiterführer“ schwergerüstete Truppen mit herrschaftlicher Bedienung auf Kosten der hungernden russischen Arbeiter.

Oh, würde man doch tatsächlich alle diese — Söldner — für immer in Rußland behalten, wir hätten dann wenigstens einige unproduktive Schreier weniger.

## Saargebiet.

### Abbau der Kohlensteuer.

Auf Grund der §§ 19 und 26 der Anlage zum Abschnitt IV (Teil 5) des Friedensvertrages von Versailles in Ansehung des Artikels 1 der Verordnung der Regierungskommission vom 6. April 1921 verordnet die Regierungskommission was folgt:

#### Einzigter Artikel:

Der in Artikel 1 der Verordnung vom 6. April 1921 auf 10 Prozent festgesetzte Kohlensteuerbetrag wird für die Zeit vom 1. Februar 1923 bis zum 31. März 1923 um 5 Prozent herabgesetzt.

Saarbrücken, den 16. Januar 1923.

Im Namen der Regierungskommission.

Der Präsident. gez.: D. Kault, Staatsrat.

Die Kohlensteuer wurde am 1. April 1921 mit 10 Prozent des Verkaufspreises der Saarkohle eingeführt. Auf Drängen der Organisation als auch durch die Abfahrschwierigkeiten, welche im Mai 1922 durch die Abhebung von 3000 Bergarbeitern herbeigeführt wurde, wurde die Steuer von 10 auf 7 1/2 Prozent ab 1. Juni 1922 ermäßigt. Die Herabsetzung auf 5 Prozent durch vorstehende Verordnung bringt für den Saarbergbau eine Erleichterung. Voraussetzungen brachte die Kohlensteuer im Jahre 1922 zwischen 40 bis 50 Millionen Franken der Regierungskasse als Einnahme ein.

## Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 7. Woche (vom 11. bis 17. Februar) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Kottbusen. Nach der gestrigen Mitgliederversammlung in Kottbusen am 20. Januar b. J. trat der Unterzeichnete mit einer Anzahl Funktionären zu einer Aussprache zusammen. Es wurde der Beschluß gefaßt, für Kottbusen vorläufig eine Zwangsverwaltung einzuführen. Die Funktionäre wählten unter sich folgende Ortsverwaltung: 1. Vertrauensmann: Wilhelm Lieke, Kottbusen, Strindellstr. 38; 2. Vertrauensmann: August Kossel, Kottbusen, Sagenboomstr. 10; 3. Kassierer: Wilhelm Czernanski, Kottbusen, Schönebender Str. 70; 1. Revisor: Wilhelm Reinhardt, Kottbusen, Uhlendstraße 10; 2. Revisor: Julius Kozlowski, Kottbusen, Grundstraße 77; 3. Jugendobmann: Franz Satorius, Kottbusen, Wiesenstraße 38. Edmund Graf, Bezirksleiter.

## Bibliothek.

Bödinghausen. Die Bibliothek ist vom 18. Februar bis zum 4. März geschlossen. Die ausgeliehenen Bücher müssen sofort abgegeben werden.

## Kranlengeldauszahlung.

Erste II. Jeden ersten Sonntag im Monat, beim Kassierer Gottlieb Pucicha, Kreuzstraße 33.

## Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

### Erhöhung der Notunterstützung für Rentenempfänger.

Durch die Verordnung vom 2. Februar 1923 sind die Unterstützungssätze, die nach dem Gesetz über Notstandsmaßnahmen die Rentenempfänger der Reichsversicherungsordnung und Angehöriger derselben erhalten, erhöht worden und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab.

Danach ist also die Unterstützung so zu bemessen, daß das Gesamteinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 120 000 Mk. (bisher 43 200 Mk.), des Empfängers einer Witwen- oder Waisenrente den Betrag von 108 000 Mk. (bisher 34 200 Mk.) und des Empfängers einer Waisenrente den Betrag von 60 000 Mk. (bisher 19 200 Mk.) erreicht.

Der Betrag, um den sich die Gesamteinkommensgrenze erhöht, wenn der Rentenempfänger Kinder unter 15 Jahren hat die weder nach der Reichsversicherungsordnung, dem Versicherungsgesetz für Angestellte noch nach dem Reichsversicherungsgezet eine Rente beziehen, beträgt nach der neuen Verordnung 15 000 Mk. für jedes Kind.

Der Betrag des Arbeitslohnemommens des Rentenempfängers, der bei der Berechnung des Gesamteinkommens außer Anschlag bleibt, ist von 86 000 auf 120 000 Mk. erhöht worden, und der Betrag, bis zu dem Bezüge des Rentenempfängers auf Grund des Reichsversicherungsgezetes vom 12. Mai 1920 oder anderer Militärversorgungsgesetze, aus der knappschaftlichen Versicherung, aus öffentlichen oder privater Versicherungsunternehmungen, aus privaten Unterstützungseinrichtungen sowie aus Sparbüchern nicht anzurechnen sind, von 96 000 auf 36 000 Mk.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Kommunistische Verbandszerstörer vor Gericht.

Als es feinerzeit durch die jagungsunwürdige, verbandshätige Tätigkeit der Bedert, Brandler, Bachmann und Genossen notwendig wurde, den Chemnitzer Bezirksverein der Bauarbeiter aufzulösen, blieben im Besitz des neugegründeten kommunistischen Bauarbeiterverbandes ein Vereinsstatutenbestand von 28 202,12 Mk. und verschiedene Gegenstände. Die Herausgabe dieser Güter an den Verband wurde verweigert. Dem Verbandsvorstand blieb daher nur der Klageweg übrig, wenn er der Verbandsführung und den verbandstreuen Mitgliedern des Bezirksvereins Chemnitz, die ein Anrecht auf das Vereinsvermögen hatten, Rechnung tragen wollte.

Die Klage gegen den „Verband der Ausgeschlossenen“ und seinen Kassierer Bruno Graupner kam vor dem Landgericht Chemnitz zum Austrag, das am 14. Dezember 1922 das Urteil verkündete. Danach werden die Beklagten verurteilt, an die Vermögensverwaltung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, G. m. b. H., in Hamburg, die oben erwähnten 28 202,12 Mk. zu zahlen nebst den Zinsen, die zu 4 Prozent jährlich seit dem 1. Mai 1921 aufgelaufen sind, sowie die folgenden Gegenstände herauszugeben: ein Jahrbuch, einen Schreibstisch, einen Schreibschreibtisch, einen Vertriebsapparat, einen Geldschrank, eine Kartotafel mit Schrank, einen Schreibtisch mit Stuhl, eine Kabinenschneidemaschine, eine Zuglampe und eine Vereinsfahne. Die Urteilsbegründung spricht aus, daß bei der Auflösung des Bezirksvereins jagungsunwürdig verfahren worden ist und sie somit gültig ist. Danach fiel das Vereinsvermögen nach § 11 Absatz 2 der Satzungen ohne weiteres der Hauptkasse zu, und es war nach § 35 Absatz 4 der Satzungen an den Verbandsvorstand einzufinden und abzuliefern.

Da der Verband in vollem Umfang obliegen hat, fallen die gesamten Kosten des Rechtsstreites den Beklagten zur Last. Das Urteil wird für jene Leute eine Lehre sein, die glauben, sie könnten mit dem durch die Mitglieder selbstgeschaffenen Gesetz, der Bundesfassung, nach ihrem Belieben Schindluder treiben.

### Die Berliner Hüttenarbeiter

traten am 1. Februar in den Streik? Die Forderung geht auf 35 Prozent Lohnenerhöhung für die Woche bis zum 7. Januar, 60 Prozent vom 8. Januar bis 3. Februar, 10 Prozent vom 4. bis 10. Februar und 90 Prozent vom 11. bis 17. Februar.

## Internationale Rundschau.

### Ein Betriebsratskongreß der österreichischen Bergarbeiter

sand am 13. und 14. Januar statt. Trozdem am ersten Tage die „Hellenbauer“ erhebliche Anzähl machten, war die Gesamttagung doch ein Erfolg für den Verband, der zu seiner Festigung beitragen wird. Vertreten waren 57 Bergbau- und Hüttenbetriebe mit 28 767 Arbeitern. 65 Delegierte stellten der Kohlenbergbau, 5 der Eisenhüttenbergbau, 3 die Kupferbergbau, 1 die Weisbergbau, 12 die Magnesitbergbau, 1 die Schwefelbergbau, 3 die Federweihbergbau, 1 die Grafitbergbau, 1 die Goldbergbau und 1 die Quarzbergbau. Aus den Berichten ging hervor, daß die freie Kohlenwirtschaft in Oesterreich zu so hohen Kohlenpreisen geführt hat, daß die österreichische Kohle ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Kohle aus der Tschechoslowakei und aus Jugoslawien nicht aufrecht erhalten kann. Der Arbeiterlohn steht erheblich unter dem Friedensreallohn und weiterer Abbau wird von den Unternehmern gefordert. Eine Entschließung des Kongresses jagt über die Folgen der Ausbeutung der Kohlenzwangsindustrie:

„Die Unternehmer haben, sich lediglich von ihrer Gewinnlust leiten lassend, eine so wohl- und rücksichtslose Preispolitik geübt, daß selbst tschechische Steinkohle sich im Preise pro Tonne kaum 10 Prozent teurer stellte, als die minderwertigen lignit- und Braunkohlensorten.“



## Aus dem Kreise der Kameraden

### Die Grubenkatastrophe in Oberschlesien.

Das Explosionsunglück auf der Heinitzgrube bei Beuthen forderte 144 Tote. 121 konnten geborgen werden, während die anderen 23 wegen Stredenbrüchen noch nicht zu erreichen waren.

Unter diesen 144 Toten befinden sich über 100 Verbandsmitglieder.

Die Beerdigung fand am 4. Februar statt unter Teilnahme der ganzen Bevölkerung von Beuthen und Umgegend. Alle zuständigen Behörden, auch die Regierungen, haben Vertreter entsandt. Auf dem Rechenhofe wurden die 121 Särge reichem Tannengrün und Blumenstaub angesetzt. Nach Erlebung eines kirchlich-zeremoniellen Abschiedsformierte sich der Trauerzug. Alle Straßen, die der Zug passierte, waren bis mit Blumen, die aus allen Gegenden Oberschlesiens hergeköhrt waren, besetzt. 17 Ocker wurden auf besonderen Wunsch der Angehörigen in die Grubenöffnung weitergeführt; die übrigen 104 wurden in einem Massengrab auf dem neuen Koberger Friedhof beigesetzt. Um die terrassenförmig aufgeworfene, mit Tannengrün ausgelegte Grube hatten die Hinterbliebenen und die Nahandputationen Aufstellung genommen. Nach nochmaligen kurzen Trostworten der Geistlichkeit erfolgte die Einsegnung, worauf sich die Frauen zum letzten Grube senkten.

Genane Berichte über die Unglücksursache liegen noch nicht vor. Nach einer Mitteilung des Grubensicherheitsamtes konnte der Grund der Explosion infolge Stredenbrüche noch nicht ermittelt werden. Auf Antrag mehrerer Mitglieder der Grubensicherheitskommission wird sich die Kommission mit der Untersuchung der Explosionsursachen befassen.

### Durch Wasserdurchbruch mehrere Gruben stillgelegt.

Infolge des in den ersten Februartagen anhaltenden Regens und der Aufschmelze war die Brühna über das Meer getreten. Einige Kilometer vom Czaki-Schacht durchbrachen in der Nacht zum 4. Febr. die Wassermengen die Dämme. Wenige Minuten später erfolgte ein Durchbruch beim Koffischacht. Unmengen des Wassers kürzten in die Sohle. Zwei in der Grube tätige Arbeiter fanden den Tod. Dem Knoffschacht gelangten die Wassermassen in die Stollen der angrenzenden Hanngrube und legten diese wie bei Himmels-Schacht unter Wasser. Die Hauptfrage war, die Gefahr für die Richterschächte abzuwehren, aber am Sonntagnachmittag durchbrachen auch hier die Wassermassen in einer Breite von 4 Meter und einer Höhe von 1 1/2 Metern den Damm. Weiterhin sind die Margrube, die Grafberggrube und die Georggrube gefährdet. Der Schaden beläuft sich auf Milliarden, da die betroffenen Schächte auf Wochen stillgelegt sind.

Dieses behauerliche Unglück macht über 4000 Bergarbeiter für die Zeit der Trodenlegung der Gruben arbeitslos.

### Ein neuer Anruf der Union.

Der Hand- und Kopsarbeiter verlangt vom Bergarbeiterverband eine „Einheitsfront“ für den gemeinsamen Kampf mit der Saarbegrbeiter-